



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 22. Oktober 1880.

Nr. 496.

## Deutschland.

**Berlin, 21. Oktober.** Bei der auf Grund der Vorschriften des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung demnachst in der Provinz Hannover zu bewirkenden Errichtung von Regierungen wird voraussichtlich die Unterbringung der von der Finanzdirektion, den Landdrostisten und den Konsistorien an die Regierungen abzugebenden Akten bei der großen Menge derselben vielfach mit Schwierigkeiten verbunden sein. Um diese Schwierigkeiten thunlichst zu beseitigen, hat der Minister des Innern die Landdrostisten beauftragt, die vorhandenen Aktenstücke einer Durchsicht unterziehen, diejenigen Akten, welche weder für die laufende Verwaltung von Interesse sind, noch eine historische oder archaische Bedeutung haben, ausfinden und unter Beachtung der hierüber bestehenden Bestimmungen veräußern zu lassen, sowie bezüglich derjenigen Akten, welche sich zur Abgabe an die Archivverwaltung eignen möchten, das Erforderliche ebenfalls zu veranlassen.

Von dem Bestreben geleitet, das Fortkommen der aus den Taubstummenanstalten entlassenen Taubstummen zu sichern, hat das Landesdirektorium zu Hannover seit dem Bestehen der Provinzialverwaltung darauf Bedacht genommen, die Bildung von Fonds zur Unterstützung entlassener Taubstummen zu fördern, hiev. die Vermehrung ihres Vermögens, wo solches bereits existierte, zu empfehlen. Derartige Fonds sind gegenwärtig an den drei händischen Taubstummenanstalten zu Donabrück, Hildesheim und Stade vorhanden und werden von den Kommissionen der letzteren unter Oberaufsicht des Landesdirektoriums verwaltet. Das Vermögen des Fonds bei der Taubstummenanstalt zu Donabrück ist bereits in verhältnismäßig beträchtlichem und belief sich am 31. Dezember 1879 auf 29450 Mark, während die anderen beiden Anstalten erhebliche Kapitalien zur Subventionierung Entlassener noch nicht besitzen. Vor Kurzem hat indessen die Kommission der Taubstummenanstalt in Hildesheim den Versuch gemacht, auch das Interesse weiterer Kreise auf die Fürsorge entlassener Taubstummen hinzuwirken.

Die Verkehrsanstalten und Oberpostämter werden durch eine Verfügung des Reichspostamts veranlaßt, am 31. Oktober festzustellen, welche Beträge an Reichsgoldmünzen, an Einheitsstücken und an Reichesilbermünzen nach den 3 Sorten getrennt unter ihren Geldbeständen an dem bezeichneten Tage beim Schluß der Dienststunden vorhanden sind. Die Oberpostdirektionen haben auf Grund der eingegangenen Anzeigen eine Hauptzusammenstellung anzufertigen und diese dem Rechnungsbureau des Reichspostamts bis spätestens 8. November einzureichen.

Das unterm 8. Oktober d. J. zu Berlin vollzogene Uebereinkommen zwischen Deutschland und Belgien, betr. die Einziehung von Quittungen, Rechnungen u. s. w. mittelst Postauftrags, tritt mit dem 1. November in Kraft. Die Einziehung von Geldern kann in diesem Verkehr mit Belgien bis zum Betrage von 600 Mark oder 750 Franc. erfolgen.

Die „Provinzial-Korrespondenz“ meldete gestern, daß im Staatsministerium die Beratungen von Vorlagen für den Landtag begonnen haben und noch fortgesetzt werden. Bisher handelte es sich vorzugsweise um allgemeine Besprechungen, die eigentlichen Spezialberatungen haben heute begonnen, und zwar zunächst in Bezug auf die Verwaltungsgesetze, die Kreisordnung und Provinzialordnung für die bekannten drei Provinzen. In Bezug auf die Finanzen wird das Schwergewicht in dem Staatshaushaltetat selbst liegen, sowie möglicher Weise in einer Anwendung des Gesetzes über die Verwendung der im Reich sich ergebenden Ueberschüsse der Einnahmen.

**Berlin, 21. Oktober.** Seine Majestät der Kaiser wurde in der letzten Nacht um 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr auf dem Anhaltischen Bahnhofe aus Frankfurt zurück erwartet. Der Kaiser hat die nicht geringen Anstrengungen, welche die Kölner und Frankfurter Festtage mit sich brachten, vortrefflich überstanden und kehrt in bester Gesundheit zurück. Seine Majestät wird in der nächsten Woche, wie auch in früheren Jahren, einer Einladung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin zur Jagd nach Ludwigslust folgen, dann aber die ständige Winterresidenz in Berlin nehmen.

**Berlin, 21. Oktober.** Die Reise des Ge-

neral-Auditeurs Geh. Rath Dehlschlager nach München und Stuttgart soll, wie schon bemerkt, im Wesentlichen nur informatorische Zwecke gehabt haben, und daher trifft die Angabe nicht zu, daß zur Erlangung von irgend welchen Zugeständnissen mit den Regierungen in München oder Stuttgart verhandelt worden sei.

Wie schon mitgeteilt worden, meldete die „Deutsche Reichspost“, Missions-Inspektor Dr. Fabri aus Barmen, Verfasser der bekannten Broschüre über Kolonialpolitik, sei behufs gutachtlicher Bernehmung über Kolonialwesen nach Berlin berufen worden. In Bezug hierauf schreibt Herr Fabri der „Allg. Ztg.“:

„Diese Angabe ist völlig irrtümlich. Ich bin von Memmern um irgend ein Gutachten in fraglicher Richtung angegangen worden. Wahrscheinlich liegt jener Angabe ein Mißverständnis zu Grunde. Der sehr thätige „Centralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande“ in Berlin gedenkt nächste Woche einen Kongreß für deutsche Auswanderung und Handelskolonisation zu halten, und ich habe auf Wunsch des Vorstandes einen Vortrag über die deutsche Auswanderung und deren Organisation zugesagt. Der genannte Verein ist aber ein freier Privatverein ohne jede Beziehung zur Regierung, und die Sitzungen des von ihm zu veranstaltenden Kongresses sind öffentlich. Es handelt sich also dabei um eine Einwirkung auf die öffentliche Meinung im Blick der Ziele, welche der Centralverein sich gestellt hat; von irgend welcher Stellungnahme der Reichsregierung zu diesen Zielen habe ich keinerlei Kenntniß.“

Die angelübte Bundesrats-Sitzung hat heute stattgefunden. Dem Vernehmen nach hat der neue Vorsitzende, Staatssekretär von Bötticher, Anlaß genommen, die Session durch eine Ansprache einzuleiten und sich selbst in seiner Stellung den Mitgliedern vorzuführen. Unsere Angaben, daß der Bundesrath zunächst keine Arbeiten von erheblicher Bedeutung vorfinden würde, gewinnt die vollste Bestätigung; in dieser Beziehung ist Alles noch im Werden, soweit es sich nicht um Vorlagen handelt, welche aus der letzten Session in die gegenwärtige übergegangen sind. Die Frage, ob der Entwurf der Wehrsteuer wieder an Bundesrath und Reichstag gelangen soll, ist noch nicht endgültig entschieden; es scheiden darüber noch Erörterungen. Man hat sich zu vergegenwärtigen, daß die Materie bei den Bundesregierungen mancherlei Widerspruch gefunden hat. In Süddeutschland namentlich hatten sich die Regierungen ablehnend geäußert, und zwar unter Hinweis darauf, daß die Wehrsteuer da, wo sie in Deutschland eingeführt war, den darauf gesetzten Erwartungen nicht entsprochen habe und abgeschafft werden mußte.

## Ausland.

**Wien, 18. Oktober.** Der Kaiser Franz Joseph hat seine schlesische Reise gestern angetreten und ist in Teschen mit großen Ehren empfangen worden. Seit 30 Jahren hatte der Monarch diese Provinz nicht besucht, kein Wunder also, wenn in den Ansprachen außer den Versicherungen der Loyalität vor Allem der Dank hervorgehoben wird, den Schlesien für den lang vergebens erhofften Besuch schulde. Dann kann noch erwähnt werden, daß die Bevölkerung, die aus Deutschen und Polen gemischt ist, in voller Entzückung sich an dem Empfange des Kaisers betheiligte und diese Entzückung auch ausdrücklich betonte. Ein in Teschen in polnischer Sprache erscheinendes Blatt brachte anläßlich der Ankunft Franz Josephs einen Bewillkommungs-Artikel in beiden Sprachen.

Borghestern ist der ehemalige Kheibve von Ägypten, Zemal Pascha, in Begleitung seines zweiten Sohnes Hussein Kamil Pascha von Laasch, welcher er den Grafen Esterházy besucht hatte, hieher zurückgekehrt; derselbe gedenkt noch einige Tage hier zu verweilen.

Bei uns ist es in den letzten Wochen schon recht rau und unfreundlich geworden, jetzt regnet es auch schon andauernd seit mehreren Tagen, so daß Wien einen recht düstern Eindruck macht. In manchen Wohnungen wird schon mit dem Heizen der Zimmer begonnen, was hier um diese Zeit als ganz außergewöhnlich bezeichnet werden muß. In sonstigen Jahren war der Oktober noch der Monat für oft recht ausgedehnte Ausflüge ins Freie. So sind denn auch die Aussichten für die Winterzeit

diesseits der Leitha sehr schlecht, mit Bezug sowohl auf Menge als auf Beschaffenheit der Trauben.

**Paris, 20. Oktober.** Diesen Morgen wurde keine neue Ordensgesellschaft aufgelöst. Der Minister Constans hat nämlich vom Ministerrath die Ermächtigung erhalten, ganz nach Gutdünken zu verfahren, und er thut nun heute nichts, ohne vorher die Zustimmung Gambettas erhalten zu haben. Nach den Beschlüssen des „leitenden Ausschusses der katholischen Vereine“ soll alles aufgegeben werden, um bei der Schließung der verschiedenen Klöster großartige literale Kundgebungen zu machen. Da man aber die Stunde nicht kennt, wo die Operation stattfinden soll, so haben sich die Klerikalen in Belangen erklärt und seit gestern sind vom frühen Morgen an alle Klöster von einer großen Anzahl Gläubigen umgeben. In allen Kapellen fanden Spezialgebete statt und in allen Klöstern stellten sich die Senatoren und Deputirten der Rechten ein. Außerdem errichtete man einen besonderen Dienst zwischen den verschiedenen Klöstern, um sich die Nachrichten mitzutheilen. Bei den Mariäen macht St. Cheron, Redakteur einer royalistischen Korrespondenz, den Thürsteher und läßt Niemand in das Kloster ein, den er nicht genau kennt; bei den Kapuzinern in der Rue de Sante verfehlt der getaufte Israelit Lipmann den nämlichen Dienst. Die Kapuziner besuchen heute mehrere Bischöfe. Die Dominikaner, welche zwei Anstalten in Paris besitzen, fürchten, zuerst aufgelöst zu werden. Sie wollen den entschlossensten Widerstand leisten. Wenn die Märzdekrete am 30. Juni nicht allein gegen die Jesuiten, sondern gegen alle Ordensgesellschaften ausgeführt worden wären, so würde heute alles beendet sein. Das Zaubern und Zögern der Regierenden macht die Klerikalen lächerlich denn je, wie zur Genüge ein Schreiben beweist, welches der Maire von Santeny in „Figaro“ veröffentlicht und worin er den Betreibern seines Landsg (15 Zimmer) zur Verfügung stellt. In seinem Schreiben heißt es: „Ich habe treffliche Hunde, um sie gegen die Bösewichter zu beschützen, welche versuchen würden, meine Mauern zu übersteigen oder meine Thore zu erbrechen, hinter denen ich mich nöthigenfalls befinden würde.“

**Paris, 20. Oktober.** Der päpstliche Nuntius wohnte heute einer diplomatischen Konferenz an, die bei Barthélemy Saint-Hilaire abgehalten wurde.

Eine Anzahl Redemptoristen, meist Ausländer, sind diesen Morgen von Paris abgereist.

Der Tarifausschuß des Senates wird vom 10. November an täglich Sitzung halten.

Die heutigen Blätter tadeln es, daß der Kriegsminister sich weigert, eine Untersuchung gegen General Eissay einzuleiten. In beiden Kammern wird es dem Vernehmen nach darüber zu Interpellationen kommen.

Es bestätigt sich, daß der Bischof von Montpellier vor dem Staatsrath beschiedene werden wird, und zwar auf Grund des Dekretes, das der Reichstag verbitet, amtlich die Kommunikation zu verhängen.

**Paris, 20. Oktober.** Anläßlich der jüngsten Verhandlungen im Prozesse Jung ist von Neuem die Thatsache deutlich hervorgetreten, daß es in Frankreich nur des geringsten äußeren Anlasses bedarf, um den Deutschenhaß in voller Gluth zu zeigen. Für einen großen Theil der französischen Presse unterliegt es keinem Zweifel, daß „Madame de Kaula“ eine preussische Spionin und der ehemalige Kriegsminister General Eissay dupirt worden ist, um den neuen Mobilisierungsplan der französischen Armee zu erlangen.

In einem heutigen Artikel macht sich der „Figaro“ von Neuem zum Schallrohr dieser aberranten Ansrechnungen, indem er der Meldung von der Abreise der Madame de Kaula nach Berlin mit dem Bemerkten entgegentritt, daß letztere dann ja durch ihren Aufenthalt in dieser Stadt sich vollends in schamloser Weise verrathen würde. Der „Figaro“ wußte gestern auch von einem Arbeiter „preussischer Herkunft“ zu berichten, welcher einen gardien de la paix auf offener Straße angefallen habe, dann aber von dem Agenten durch einen Stich in die Brust schwer verwundet worden sei. Die Tendenz der Mitteilung war offenkundig eine deutschfeindliche. Heute muß nun das Boulevardblatt zugestehen, daß der Polizeilagent völlig im Unrecht war und von dem Polizeipräfekten bereits abgesetzt worden ist, und daß andererseits der Arbeiter, Namens Gaumont, des besten Rufes geseht,

während seine Erregung nur durch die Handlungsweise des gardien de la paix provoziert wurde. Daß es mit der „preussischen Herkunft“ des Herrn Gaumont gleichfalls nichts ist, vergißt das „gewissenhafte“ Blatt seinen Lesern mitzutheilen. (Nat.-Ztg.)

**Rom, 18. Oktober.** Der Kardinal Jacobini macht, wie es heißt, noch einige Schwierigkeiten, den ihm zugebachten Posten des Staatssekretärs anzunehmen. Doch dürfte dieses Sträuben kaum mehr als Bescheidenheitsphrasen sein, da er schon lange die Absicht des Papstes kannte, ihm das Staatssekretariat zu verleihen — war es ihm doch ursprünglich als Belohnung für glückliche Führung der Verhandlungen mit Deutschland versprochen — und nie hat merken lassen, daß er es nicht annehmen wolle.

**London, 19. Oktober.** Die Wittve des jüngst ermordeten Lord Mountmorres hat, wie aus Dublin berichtet wird, ungern den von der Bodenliga ausgeübten Terrorismus zu leiden. Die Leute in ihrem Distrikt weigern sich, für sie zu arbeiten oder ihr Heilmaterial zu verkaufen, so daß die Polizei gezwungen war, Bäume für sie zu fällen. Die Dame hat auch Drohbriefe erhalten. Lord Avillaun, ein irischer Grundbesitzer, der Vorkehrungen trifft, um von Irland nach London überzusetzen, erhielt einen Brief aus Birmingham, worin er und sein Agent mit Tode bedroht werden. Das Schreiben ist „Nächter“ unterzeichnet.

In der Nacht vom Sonnabend brachen 15 Vermummte in das Wohnhaus eines Farmers ein und erklärten demselben, daß sie ihn den rothen Hahn aufs Dach setzen würden, falls er nicht unverzüglich eine gewisse Menge vorher käuflich erworbene Quantität Heu dem Gutsherrn zurückbringe.

**Kairo, 13. Oktober.** Die neue Aera Ägyptens unter Khaz Pascha nimmt in erfreulicher Weise zu an Alter und Wohlgefallen bei Gott und den Menschen. Das Land beginnt aufzuathmen, seit die Klippen der schwelgenden Schuld glücklich beseitigt und das Staatsverschulden nun in gesichertem Fahrwasser seinen Kurs zu nehmen vermag. Dadurch, daß sich die neuen Einrichtungen immer mehr befestigen und namentlich die früher so häufigen Intriguen, von außen geschürt und ausgebeutet, nachgelassen haben, erfreut sich die Regierung eines beständig zunehmenden Ansehens. Vom Kheibve hört man nur Gutes, und sein Minister-Präsident, dem er alle Macht überlassen, geht unter allgemeinem Beifall ruhig seinen sichereren Weg auf der Bahn administrativen Fortschritts. Besondere Aufmerksamkeit wird dem öffentlichen Schulwesen zugewandt, aber es wird noch langjähriger Anstrengungen und vieler unnützer Experimente bedürfen, um auch hier etwas Dauerndes zu erzielen. Nur im Sudan sind die Verhältnisse höchst unbefriedigend, denn Ägypten ist gegenwärtig so ganz mit sich selbst, mit Ägypten im engeren Sinne beschäftigt, daß es zu durchgreifenden Reformen in seinen entlegenen Gebieten des Innern keine Zeit findet. Die abessinische Frage ist immer noch in der Schwebe und in den Grenzländern herrscht Unsicherheit und beständiger Argwohn. Der General-Gouverneur des Sudan, Rauf Pascha, hat, wie ich aus militärischer Quelle erfahre, vor einer Woche den Befehl erhalten, mit allen verfügbaren Streitkräften an die ziemlich entblöhten Grenzen zu rücken. Von Suaz wurden zu gleicher Zeit 4000 Mann Verstärkungen und Escadronnen nach Suatin befördert. Jedoch hat keinerlei Zusammenstoß zwischen ägyptischen und abessinischen Truppen stattgefunden. Die Regierung suspendirte erst vor einigen Tagen ein Blatt, welches sehr bewundernde, aber falsche Nachrichten über Abessinien verbreitet und von einer Zusammenkunft Rauf Paschas gefabelt hatte. Immerhin wird ihre offizielle Behauptung, daß zwischen dem Kheibve und König Johannes das beste Einvernehmen obwalte, mit berechtigtem Zweifel aufzunehmen sein. Das Schlimmste im Sudan ist die Zunahme des Sklavenhandels. Man glaube lange an wirkliche Erfolge, die nach dieser Richtung hin bereits erzielt wären, Dank den zahllosen Anstrengungen der letzten Zeit unter Gordon und Gessi. Allein die neuesten Nachrichten beweisen das Gegentheil, es regnet Hiobposten in dieser Beziehung.

## Gewandtes.

**Stettin, 21. Oktober.** Die erste periodische Konferenz zwischen Vertretern der kgl. Ostbahn

